Buckower Lokal-Anzeiger

Zeitung für die Märkische Schweiz. Buckower Bade- u. Verkehrsanzeiger

Erscheint wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend). Bezugspreis mit Botenlohn in Buckow monatlich 1,10 R.-M., durch die Post bezogen 1,28 R.-M. einschließl. Bestellgeld. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Sirch, Buckow / Fernsprecher Nr. 54

Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Petitzeile oder deren Raum 0,20 R.-M., im Werbeteil 0,50 R.-M. Anzeigenannahme an den Erscheinungstagen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Druck und Verlag: Buchdruckerei Sirch, Buckow (Märkische Schweiz), Königstraße Nr. 4

Amtliches Verkündungsblatt für die städtischen Behörden von Buckow, sowie für die Gemeinden Waldsieversdorf, Bollersdorf, Hasenholz usw.

Beilagen: Dienstag: Zeitbilder, illustr. Unterhaltungsbeilage • Donnerstag: Der Garten und das Haus (14 täglich) • Sonnabend: Wort und Bild

Mitteilungsblatt des Bundes Deutscher Osten

Nr. 140 — Donnerstag, den 16. November 1933 — 38. Jahrgang

Paris — Rom — London

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß das Gesetz außenpolitischen Handelns an Deutschland übergegangen ist, so wäre er durch den Verlauf der Parlamentsdebatten in Paris und London erbracht. Hier wie dort haben die Erörterungen zwar mit Vertrauensvoten ihren Abschluß gefunden, aber die starke Kritik der Oeffentlichkeit beweist am besten, daß im Unterhaus und in der Kammer taktische Rücksichten für die Mehrheit bestimmend waren.

Im Grunde waren die Abstimmungsergebnisse auch völlig belanglos. Viel wichtiger sind die Entwicklungstendenzen, die sich klar am außenpolitischen Firmament abzeichnen. Mitten in die Debatte des englischen Unterhauses platzte die Rücktrittsdrohung des Präsidenten der Abrüstungskommission, Henderson, hinein, und die Redekämpfe in der französischen Deputiertenkammer wurden bemerkenswert beeinflußt durch ein Urteil Mussolinis im Nationalrat der Korporationen über den Völkerbund. Mussolini zog ganz nüchtern das Ergebnis der bisherigen Versuche, Europa aus dem Zustande der aktuellen Krise herauszuführen. Er bekannte sich als Freund einer politischen Verständigung, und er sagte auch ganz offen, daß diese Verständigung die Voraussetzung ist, daß Europa wieder das Steuer der universalen Zivilisation in die Hand bekommt. Aber die Voraussetzung sei, daß „große Ungerechtigkeiten" wieder gut gemacht werden. Diese Sprache der Offenheit und Klarheit wurde noch gesteigert durch die Feststellung des Duce, daß der Völkerbund alles verloren hat, was ihm eine politische Bedeutung und historische Tragweite geben konnte. In der Kammer war das Bestreben offenbar, sich an den sterbenden Völkerbund zu klammern. Mussolini hatte zwar ebenfalls in vollkommenster Offenheit auf den Viererpakt hingewiesen. Nun, Herr Paul-Boncour hat auch leise über den Viererpakt gesprochen, aber doch dabei ängstlich betont, daß der Viererpakt im Rahmen des Völkerbundes bleiben müsse. Immerhin ließ die Rede Paul-Boncours deutlich erkennen, daß das Bekenntnis der 40,6 Millionen Ja-Sager in Deutschland von erzieherischer Wirkung selbst auf den französischen Außenminister gewesen ist. Paul-Boncour leugnete eine Einkreisung Deutschlands, und er erklärte sich zu jeder Aussprache mit Deutschland bereit. Frankreich will also auch diplomatische Gespräche außerhalb des Völkerbundes, d. h. doch, so wie die Dinge heute liegen, im Rahmen des Viererpaktes. Man sieht, daß, nachdem Deutschland in Genf die Tür zugemacht hat, man bereit ist, ihm auch nach einem anderen Ort zu folgen. Das Herzland Europas als geschlossene Nation ist eben international nicht zu ignorieren. Man braucht uns, und alle internationalen Abmachungen werden künftig ohne die Unterschrift Deutschlands das Papier nicht wert sein, auf dem sie verzeichnet stehen. Schließlich mußte ja auch in vorgerückter Stunde der französische Ministerpräsident zugeben, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich einfach das Problem des Friedens bedeuten. Freilich will der französische Ministerpräsident noch weniger als sein Außenminister vom Völkerbund und der Abrüstungskonferenz einen Schritt abweichen.

Bisher war es England, das mit seinen Dominien am Völkerbund hing, und die Tatsache, daß der Präsident der Abrüstungskonferenz ein Engländer war, zeigte ja hinreichend, wie sehr England und seine Dominien weltpolitisch den Völkerbund als Angelpunkt ihrer Außenpolitik betrachteten. Im Unterhause hat man aber sehr offen von Besprechungen außerhalb der Abrüstungskonferenz geredet, und es gab sogar zahlreiche Abgeordnete, die die Politik des Außenministers als unlogisch empfanden, dieweil er sich alle Wege für die Fortsetzung der Abrüstungsbesprechungen offenhalten möchte. Dabei kam aus dem Lager der Konservativen von dem alten Oberst Gretton sogar der Vorschlag, man solle die zu Tode geritten Abrüstungskonferenz jetzt erst einmal zwei Jahre ruhen lassen, und zuvor territoriale und andere Revisionen des Friedensvertrages vornehmen. Als schwersten Stoß gegen die Abrüstungskonferenz empfand man natürlich Hendersons Drohung mit dem Rücktritt vom Präsidentensitz. Henderson hat zwar formell die Erklärung des italienischen Delegierten, daß er sich künftig nur als Beobachter fühlen werde, zum Vorwand seiner Beschwerde genommen, aber im Unterhause fühlte man deutlich auch die Kritik Hendersons an der britischen Regierungspolitik heraus. Mußte doch Sir John Simon auch wieder zugeben, daß man sich der Verfälschung des MacDonald-Planes auf Frankreichs Drängen gefügt hat, und MacDonald selber soll nach allen unverdächtigen Berichten einen müden und geschlagenen Eindruck gemacht haben.

In Frankreich weiß man natürlich ganz genau, daß die Abrüstungskonferenz auf dem letzten Loche pfeift. Es mag auch noch Leute geben, die auf ein ungestörtes Weiterrüsten Frankreichs um so mehr hoffen, je stärker die Konferenz dahinstirbt. Aber man sieht in Paris doch, daß die Welt nicht stillsteht, und so beginnt sich in der Presse schon ein starkes Alpdrücken über einen „italienisch-englisch-deutschen Block" zu regen. Auch die Rüstungspolitiker müssen merken, daß es noch Kräfte außerhalb Frankreichs und seiner engsten Verbündeten gibt, die nicht gewillt sind, an dem gegenwärtigen Zustand der Dauerkrise festzuhalten. In den internationalen Dingen liegt ein starker innerer Zwang zur Entwicklung. Kein Land kann sich ihm entziehen, aber keine Lösung ist möglich ohne Deutschland. Und das einige und geschlossene Deutschland drückt stärker denn je auf eine Entwicklung zu einem wirklichen Dauerfrieden. Niemand kann sich auf die Dauer dieser Entwicklung entziehen, und auch der Völkerbund kann sich ihr nur anpassen, wenn er überhaupt noch eine Existenzmöglichkeit und Daseinsberechtigung haben will.

Neues in Kürze

Die Polizeidirektion in Wien hat die Beschlagnahme des gesamten Vermögens des Pressevereins Gau Wien angeordnet. Der Pressevverein hatte den Verlag sämtlicher nationalsozialistischer Zeitungen Oesterreichs in Händen.

Die französische Kammer sprach in einer Nachtsitzung der Regierung Sarraut mit 395 gegen 194 Stimmen das Vertrauen aus.

26 Mitglieder aller Parteien des englischen Parlaments haben die Regierung aufgefordert, vor dem Völkerbund die Frage einer Revision des Vertrages von Trianon zu erheben, um Ungarn die Teile seines früheren Gebietes wieder zu verschaffen, die im wesentlichen ungarisch sind.

Vor einer Gnadenaktion

Staatsminister Dr. Frank auf dem Generalappell der Berliner Rechtsfront.

In den Wilmersdorfer Tennishallen sprach der Führer der Deutschen Rechtsfront, Reichsjustizkommissar Staatsminister Dr. Frank, auf dem ersten großen Generalappell der Berliner Rechtsfront. Er betonte einleitend, daß das große Reformwerk des deutschen Rechtes nicht die Leistung eines einzelnen sein könne. Es dürfe auch nichts überstürzt werden. Die Grundsätze seien klar.

Gegenüber den politischen Gegnern von einst, so erklärte Dr. Frank, werden wir eine großzügige Einstellung einnehmen; dazu gibt die Abstimmung vom 12. November die Möglichkeit, da sie die völlige Abkehr des deutschen Volkes vom Marxismus bewiesen hat. Es werde eine allgemeine große Gnadenaktion erfolgen.

Die Frage der allgemeinen Reichsreform stehe im übrigen im Vordergrund. Auch hier werde ohne Ueberstürzung die reine Vernunft zur Geltung gebracht werden.

Mit aller Stärke und Härte werde man fest bleiben müssen im nationalsozialistischen Wollen. Im Einvernehmen mit der Akademie für deutsches Recht habe er Ausschüsse eingesetzt, die in der nächsten Woche zu arbeiten beginnen würden. Er appelliere an die Mitarbeit aller Rechtsfakultäten aller Universitäten und an die Vertreter des Rechts überhaupt.

Die lapidare Stärke des deutschen Rechtes werde sein, daß es frei sein werde von Eigennutz, und dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" zur Geltung bringe. Dem Begriff des Staatsangehörigen habe der des Volks- und Rassenangehörigen voranzugehen. Die deutschen Juristen seien Antisemiten und würden es bleiben nicht aus Haß gegen die Juden, sondern aus Liebe zum deutschen Volk. Mit dem, was man den Juden gegenüber erreicht habe, werde man übrigens sich zufrieden geben.

Darin dem Führer zu folgen, obgleich eigentlich in Zukunft ein Jude nicht mehr als deutscher Richter wirken solle. Mit der Trennung von Moral und Recht, Sitte und Recht werde aufgeräumt werden.

Stärkster Schutz des einzelnen vor dem Verbrecher sei notwendig.

Der Minister schloß, die Volksverbundenheit des Rechtes sei nicht nur eine Angelegenheit der Entscheidung und deren Auswirkung, sondern bestehe vor allem darin, es durch Erziehung des Volkes dahin zu bringen, daß der Einzelne das Gefühl habe, dem Diener des Rechtes gegenüberzustehen und eine Entscheidung, wenn sie ungünstig für ihn sei, ohne inneren Widerspruch hinzunehmen.

„Dem gesunden Nachwuchs . . .

das gesunde Heim."

Der deutsche Verein für Wohnungsreform und der Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie veranstalteten unter der Schirmherrschaft des Reichsarbeitsministers Seldte im ehemaligen Herrenhaus eine Kundgebung mit dem Thema „Dem gesunden Nachwuchs das gesunde Heim!" Der Vorsitzende des Vereins für Wohnungsfragen und Staatskommissar für das Hochbauwesen der Stadt Berlin, Kühn, dankte in seiner Eröffnungsansprache dem Minister Seldte für die Schirmherrschaft der Tagung und begrüßte Vertreter der Reichsregierung, des Propagandaministeriums, der Länderregierungen, der Stadt Berlin und befreundeter Vereine und Verbände. Der Vortragende sprach sich für die Notwendigkeit weiteren Wohnungsbaues aus, wenn nicht ein neues Wohnungselend ernste Gefahren für unser Volk und unseren Nachwuchs heraufbeschwören soll.

Reichsarbeitsminister Seldte

ergriff dann das Wort. Er führte u. a. aus: „Gesunder Nachwuchs, gesundes Heim", das ist das Motto, unter dem diese Kundgebung steht. Ich habe gern die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernommen, und es ist mir eine besondere Genugtuung, Ihnen die Grüße und Wünsche der Reichsregierung überbringen zu können. Die Regierung kann wohl den Anspruch erheben, schon durch ihre Taten bewiesen zu haben, mit welchem Ernst sie das Nachwuchsproblem aufgreifen will.

Ein Volk, das nicht für einen gesunden Nachwuchs sorgt, gibt sich selbst auf. Daß das im Dritten Reiche nicht geschehen wird, dafür bürgt Ihnen unser Volkskanzler Adolf Hitler.

Die Reichsregierung ist sich dabei ganz klar darüber, daß es mit rein bevölkerungspolitischen Maßnahmen wie Bevorzugung der kinderreichen Familien im Einkommen und bei der Steuer, mit der Gewährung von Ehestandsdarlehen usw. nicht getan ist. Diese Maßnahmen müssen vielmehr ergänzt werden durch eine umfassende Wohnungsfürsorge.

Wir müssen Wohnraum schaffen für die neuen Familien, die gegründet werden sollen; und die Jugend, die Zukunft Deutschlands, soll nicht mehr in überfüllten Stuben und in dunklen Hinterhöfen heranwachsen, sondern durch eine vernünftige Wohnungspolitik wieder in Verbindung mit Sonne, Luft und Licht und mit Gottes freier Natur gebracht werden.

Vor allem müssen auch die Mieten der neuen Wohnungen den tatsächlichen Einkommensverhältnissen der breiten Schichten, für die diese Wohnungen bestimmt sind, angepaßt sein.

Nicht mehr die Mietskasernen, sondern das kleine Eigenheim, die Stadtrandsiedlung, die landwirtschaftliche Siedlung sollen im Mittelpunkte unserer Bautätigkeit stehen.

Im übrigen wird im Wohnungsbau der freien Wirtschaft und der Privatinitiative wieder mehr Spielraum zu geben sein als bisher, wenn es auch mit der nationalsozialistischen Weltanschauung unvereinbar wäre, ein so wichtiges Gebiet wie den Wohnungsbau völlig dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen.

Zusammenfassend möchte ich betonen, daß wir unentwegt das Ziel vor Augen behalten werden, den deutschen Arbeiter wieder bodenständig zu machen, ihm sein Häuschen mit Garten zu verschaffen, in dem er seine Feierstunden verbringt und sich zusätzliche Hilfe zu seinem Lebensunterhalt erarbeitet. Das ist die beste Form der Entproletarisierung, um dieses wenig schöne Wort zu gebrauchen, es ist die beste Form der Sozialpolitik überhaupt, da sie dem Menschen mehr gibt als durch Brot und Reale allein. Je mehr wir uns nun aber dem wohnungsreformerischen Ideal nähern, desto bessere Aussichten hat auch der Kampf gegen die Vergreisung unseres Volkes und gegen den Geburtenrückgang.

Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Reichsbundes der Kinderreichen, Hans Konrad-Düsseldorf, sprach der Geschäftsführer des Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst und der Reichszentrale für Gesundheitsführung, Mitglied des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik beim Reichsministerium des Innern, Dr. Rutke. Er führte u. a. aus, der Nationalsozialismus habe den durch nichts zu erschütternden Glauben an den Geburtensieg des deutschen Volkes. Die Verbände begrüßten das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, das sehr beachtenswerten Widerhall in der ganzen Welt gefunden habe. Die erbgesunde kinderreiche Familie sei die Voraussetzung für den Bestand jedes Staates. Das deutsche Volk könne nicht eher an Körper, Geist und Seele gesunden, als bis auch in den Städten der Gedanke von Blut und Boden wieder Einzug gehalten habe.

Als letzter Redner sprach der Vorsitzende des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten, Beauftragter des preußischen Staatsministeriums, Gutzmer, über Flachbau und Eigenheim und ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Deutschland und Polen

Vor unmittelbaren Verhandlungen.

Berlin, 16. November.

Reichskanzler Adolf Hitler empfing in Gegenwart des Reichsaußenministers den polnischen Gesandten, der seinen Antrittsbesuch abstattete. Die Aussprache über die deutsch-polnischen Beziehungen ergab volle Uebereinstimmung beider Regierungen in der Absicht, die die beiden Länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und ferner zur Festigung des Friedens in Europa in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten.

Kälte- und Hitzewelle in USA. Im mittleren Westen der Vereinigten Staaten hat Winterwetter eingesetzt. Auf den großen Seen strandeten infolge eines heftigen Sturmes mehrere Dampfer. In zahlreichen Staaten fiel bei starker Kälte Schnee in Höhe von 15 bis 65 Zentimetern. Auch im Staat Neuyork wütete ein Schneesturm, und in der Stadt, wo ebenfalls Schnee fiel, war das Thermometer nahe dem Gefrierpunkt. Im Gegensatz hierzu ist Kalifornien von einer Hitzewelle heimgesucht, die zwei Menschenleben forderte. Das Thermometer zeigt 36 bis 42 Grad Celsius im Schatten.